

Redebeitrag Kundgebung 23.Mai 2020:

Für solidarische Krisenlösungen – Gegen Hetze und Corona-Ignoranz

Liebe Anwesende, Demokratinnen und Demokraten, Freundinnen und Freunde,

Heute, der 23. Mai, ist der Tag des Grundgesetzes - vor 71 Jahren trat unsere Verfassung in Kraft. Für die politischen Eliten und die politisch-ökonomisch Herrschenden steht da einiges Unangenehmes drin - und wehe ihnen, wir wären eine aktive Mehrheit und kümmern uns darum.

Da wäre der Artikel 14 (2) „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Und in Artikel 15 steht „Produktionsmittel können ... in Gemeineigentum ... überführt werden.“

Da bietet sich ja einiges an.

Für die in Deutschland produzierenden Autokonzerne kamen die Produktionseinschränkungen während der Pandemie fast wie ein Geschenk. Von der Regierung vorgeschriebener Stillstand, das Kurzarbeitsgeld haben die Betroffenen durch die Beiträge selbst angespart, die Unternehmenskasse gibt locker die gewerkschaftlich erkämpfte Aufstockung her.

Doch zu dumm. Menschen in Kurzarbeit, Menschen mit unsicherer Perspektive, Arbeitslose kaufen keine Autos. Diese stehen immer noch auf Halde. Deshalb braucht das Zugpferd der Wirtschaft, die Autoindustrie, noch einmal eine Absatzprämie. Diese soll der Staat bezahlen - die Dividende wird gesichert, kein Aktionär wird im Stich gelassen.

Der Geschäftsführer der saarländischen Unternehmer, Jens Colling, hat Sorge, dass für seine Klientel nicht mehr genug beim Staat abzuzocken ist. Er sprach sich deshalb schon mal gegen jede Aufstockung des Kurzarbeitsgeldes durch das Arbeitsamt aus. Und warnte vor einer „Vollkasko-Mentalität“ bei der arbeitenden Bevölkerung und unnötigen Corona Kosten.

Die deutsche Wirtschaft ist hervorragend aus der letzten Krise herausgekommen, viel Geld wurde verdient, Dividenden und Boni wuchsen und wuchsen. Wenn jetzt auch noch Staatsknete winkt, soll jeder Euro für systemrelevante Rettung zusammengerkratzt werden. Soviel zum Thema „Vollkasko-Mentalität“.

Friedrich Merz, das neoliberale Sturmgeschütz fordert: "Wir sollten nach der akuten Krise alle staatlichen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden auf den Prüfstand stellen". Steuererhöhungen auf Kapitaltransfer oder gar eine Superreichenabgabe sind für ihn ein Sargnagel für die Wirtschaft.

Die CDU Bundesvorsitzende AKK hält die Finanzhilfe für die Kommunen für eine nicht so gute Idee. Schließlich ist die Kriegsministerin AKK unter starkem Druck des Militär-Industriellen-Komplexes. Diese brauchen die Milliarden für ihre Rüstungsprojekte. Da muss die kommunale Daseinsfürsorge schon mal hinten anstehen.

Vor einigen Wochen hatte sie den Einsatz der Bundeswehr im Sanitätsdienst gelobt. Es gibt weitere Vorschläge, wie das Militär helfen könnte. Durch Kürzung beim Rüstungs- und Kriegsetat könnten nicht nur die Corona-Tests locker finanziert werden. Unterstützt bitte entsprechende Petitionen!

Die DKP Saarland hat ein Paket an Vorschlägen erarbeitet zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation der Menschen in unserem Bundesland. Dabei gehen wir von drei Grundprinzipien aus:

- Gesundheit vor Profit! Keine zusätzliche Gefährdung im Kapitalinteresse!
- Alle Einschränkungen im Zusammenhang mit der Pandemie müssen verhältnismäßig, demokratisch getroffen und zeitlich begrenzt sein, sie müssen ständig überprüft werden.
- Solidarische Lösungen statt Lobbypolitik zugunsten des Kapitals!

In diese Auseinandersetzung mit Kapital und neoliberaler Politik müssen jetzt die Gewerkschaften ihren gesellschaftspolitischen Anspruch in die Waagschale werfen. Es geht um einen Aufschwung der Rolle insbesondere des DGB und die Stärkung der Einzelgewerkschaften.

Corona verweist uns darauf, welche Verwüstungen die kapitalistische Produktionsweise in der Gesellschaft, auf den Feldern der Gesundheit, der Ernährung und der öffentlichen Infrastruktur nach sich gezogen hat. Wir engagieren uns für nachhaltige Lösungen. Deshalb sind wir für die Überwindung des kapitalistischen Systems, das zerstört, kaputt macht, die Menschheit in immer neue Krisen mit immer größeren Gefahren stürzt.

Wer sich nicht wehrt – der lebt auch jetzt verkehrt!